



CDU UND FDP HALBIERTEN SCHULSOZIALARBEIT

Nach Beschwerde von SPD und BfE wurde der Ratsbeschluss aufgehoben

>>> Der Eitorfer Gemeinderat befasste sich im September wieder mit der Fortführung der Schulsozialarbeit an unseren Schulen. Leider stimmten die Ratsmitglieder der CDU und FDP mit Mehrheit für eine Halbierung der vorhandenen Stellen in Eitorf. Für die SPD-Fraktion ist diese Haltung nicht nachvollziehbar. Denn schaut man sich die Zahlen vor Ort genau an, ist die Jugend- und Kinderarmut im Vergleich zu anderen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis sehr hoch. Für die SPD ergibt eine Reduzierung der Arbeitsstunden angesichts des akuten Bedarfs keinen Sinn und sie beantragte deswegen die bewährte Besetzung mit 4,44 Stellen fortzusetzen. Dies fand jedoch keine Mehrheit im Gemeinderat. CDU, FDP und der Bürgermeister stimmten für die Reduzierung der Schulsozialarbeit an Eitorfer Schulen auf 105 Stunden statt 173.

Die jüngste Debatte hat erneut deutlich gezeigt, dass Schulsozialarbeit ein wichtiges Instrument ist, um Chancengleichheit im Bildungssystem zu fördern. Die Aufgaben, die heute in der Schule erfüllt werden sollen, gehen weit über eine reine Wissensvermittlung hinaus. Im Laufe der Diskussion stellte SPD-Ratsmitglied Andreas Hubert einen Geschäftsordnungsantrag, damit die SchulleiterInnen die Möglichkeit bekommen sollten, sich zum Bedarf der Schulsozialarbeit zu äußern. Dies wurde vom Bürgermeister abgelehnt. Dr. Storch hatte behauptet, die Reduzierung der Schulsozialarbeit sei mit den Schulleitern abgesprochen gewesen. Nach einer erfolgreichen Be-

schwerde der SPD bei der Kommunalaufsicht und einem Antrag der BfE im Anschluss an die Ratssitzung, wurde die Entscheidung im November aufgehoben und neu beschlossen. Der Einsatz der SPD-Fraktion hat sich gelohnt und dazu geführt, dass eine Wiederholung des Beschlusses unter fairen Bedingungen durchgeführt wurde.

Das öffentliche Interesse bei der letzten Ratssitzung war immens. Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen waren zugegen. Eine Abstimmung über die Schulsozialarbeit mit der ursprünglichen Stundenzahl wurde schließlich einstimmig von allen Fraktion getragen. Dazu äußert sich die Fraktionsvorsitzende Sara Zorlu: „Durch die Fortset-

„Schulsozialarbeit fördert gleiche Chancen für alle Schüler.“

zung der Schulsozialarbeit besteht die Chance, fehlende Möglichkeiten der Unterstützung im Elternhaus auszugleichen und vorbeugend tätig zu werden. Somit ist die Schulsozialarbeit eine Investition in unsere Zukunft. Die Entscheidung von CDU und FDP war nicht nachzuvollziehen. Die Korrektur in der jüngsten Ratssitzung war richtig. Ich bin froh darüber, dass sich unser Einsatz gelohnt hat und wir es geschafft haben, den Beschluss aufzuheben und gemeinsam die Fortführung der bisherigen Stunden beizubehalten und zwar einstimmig.“

Der Vorsitzende der SPD Eitorf und Ratsmitglied, Alexander Jüdes, äußert sich positiv: „Es ist ein gutes Signal, den alten Beschluss aufzuheben und nun die Einschätzung der SchulleiterInnen zu hören. Wir haben erst letztes Jahr gemeinsam die Grundsteuer B u.a. für die Finanzierung der Schulsozialarbeit angehoben. Mittel, die bis zum heutigen Tag nicht vollständig aufgebraucht wurden. In der letzten Ratssitzung ist deutlich geworden, dass die Schulsozialarbeit eine Zukunftsinvestition ist, daher ist eine Finanzierung über einen breiten Teil der Bevölkerung absolut gerechtfertigt. Ich kenne keine Eitorfer Bürger, die sich beschwert oder gefordert haben, die Schulsozialarbeit zu kürzen. Weiter bleibt zu hoffen, dass der bereits genehmigte Förderantrag jetzt mit der bewährten Besetzung noch geändert werden kann. Ein nächster Schritt muss die Neubesetzung der vakanten Stellen sein, damit die Arbeit wieder im vollen Umfang fortgesetzt werden kann.“

Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin für die Fortführung der Schulsozialarbeit in Eitorf einsetzen. Weiter muss die Schulsozialarbeit und deren Finanzierung gesetzlich verankert sowie Zuständigkeiten und Koordination geregelt werden. Hier darf die schwarzgelbe Landesregierung ruhig mal einen Vorstoß wagen. Der Bedarf ist da.



ZEITUNG „KLARTEXT“ DER SPD IN EITORF

>>> Schön, dass Sie sich etwas Zeit für unsere neue Zeitung „Klartext“ nehmen. In regelmäßigen Abständen möchten wir hier über lokale Themen aus unserer Gemeinde berichten. Zusätzlich finden Sie im Innenteil aktuelle Berichte der SPD im Rhein-Sieg-Kreis und der Kreisratsfraktion.

Beginnen möchten wir mit einer freudigen Ankündigung. Und zwar feiert die SPD Eitorf im nächsten Jahr ihr 100-jähriges Jubiläum. Das möchten wir natürlich groß feiern, die Planungen lau-

fen. Wir werden Sie über die weiteren Entwicklungen selbstverständlich auf dem Laufenden halten.

Wer sind wir?

Häufig werden wir gefragt, worin der Unterschied zwischen der SPD Eitorf und der SPD-Fraktion Eitorf besteht. Der SPD-Ortsverein Eitorf ist das Parteigremium, das sich um alle Belange rund um die Partei kümmert, d.h. die Mitgliederverwaltung, die Mitgliederschulung, verschiedenste Veranstaltungen und

den Wahlkampf. Im Ortsvereins wird die politische Meinungsbildung betrieben.

Die SPD-Fraktion Eitorf bildet sich aus den in der Kommunalwahl gewählten SPD-Ratsmitgliedern. Sie setzen sich für die politischen Ziele des SPD-Ortsvereins in den thematisch unterschiedlichen Ausschüssen und Ratssitzungen ein. Aktuell entsendet die SPD Eitorf elf Mitglieder in den Rat der Gemeinde Eitorf und bildet die zweitgrößte Fraktion.

EINSATZ FÜR UNSER EITORF

>>> Uns erreichen immer mehr Anfragen aus der Eitorfer Bevölkerung, die sich stark mit kommunalpolitischen Themen befassen. Das ist ein gutes Signal für Eitorf, aber auch für die Demokratie. Auch Kommunalpolitik kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger informiert sind und sich eine Meinung bilden können. Noch besser ist es, sich mit seinen Themen aktiv in die Politik einzubringen. Wir, als SPD Ortsverein, sind immer daran interessiert,

Menschen aktiv für die Politik zu begeistern, und das seit 100 Jahren in Eitorf. Haben Sie Interesse, sich aktiv zu beteiligen, oder möchten Sie uns bei unserer Arbeit unterstützen? Dann werden sie doch einfach Mitglied der SPD Eitorf. Kontaktieren Sie uns auf unserer Webseite unter www.spd-eitorf.de oder sprechen Sie uns einfach auf einer unserer nächsten Veranstaltungen an.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und schärft Profil **Seite 2**

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse **Seite 3**

CDU und FDP halbieren die **Schulsozialarbeit** an Eitorfer Schulen **Seite 4**



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Jusos-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.